

3.6NEU2 Modern, effizient, bürgernah: Verwaltung, Finanzen, Kommunales

Gremium: landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status: Modifiziert

1 **Verwaltung modernisieren**

2 Die Landespolitik hat es bisher versäumt die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten und
3 Verwaltungshandeln transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen
4 Wandel machen und modernisieren. Starke Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen in Zukunft das
5 Eingangstor zur gesamten Kommunalverwaltung sein, also auch für Angebote der Kreisverwaltung. Beim
6 neu eingeführten Mitverwaltungsmodell, bei dem eine Gemeinde durch eine andere mitverwaltet wird,
7 sehen wir erhebliche Legitimationsprobleme und lehnen es daher ab. Gemeinsam mit den neuen Chancen
8 des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen – mit
9 kurzen Wegen für die Bürgerinnen und Bürger. Der Gang zum Amt wird damit in den meisten Fällen
10 überflüssig. Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und
11 transparenter. Die anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen
12 um die Transparenz zu stärken. Im Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal
13 einrichten, in welchem alle nicht-personenbezogene oder als vertraulich eingestuft Informationen für
14 alle Bürgerinnen und Bürger öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der
15 Verwaltung sind für uns Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende
16 Voraussetzungen.

17 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben auf
18 allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der
19 kleineren Städte und Dörfer erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht
20 nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin
21 unterstützen. Perspektivisch wollen wir alle Ämter zur brandenburgischen Verbandsgemeinde
22 weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeister*innen und Verbandsgemeindevertretungen. Deutlich
23 ausweiten wollen wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der
24 Bürgerinnen und Bürger. Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während das
25 gemeinsame Tarifgebiet des VBB oder der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der
26 Zusammenarbeit abgeben, gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein
27 gemeinsames Bundesland Brandenburg-Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, dieses kann es aber nur
28 geben, wenn die Bevölkerung beider Länder in einem Volksentscheid die Fusion befürwortet.
29 Voraussetzung ist, dass die zentralen Fragen - wie der Umgang mit der milliardenschweren Verschuldung
30 beider Länder – vorab geklärt sind.

31 **Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben**

32 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
33 insgesamt sehr positiv aus. Alleine für den Landeshaushalt Brandenburg wird für 2020 ein
34 Steuereinnahmenplus von mehr als eine Milliarde EUR gegenüber 2017 veranschlagt. Seit 2010 wurden
35 keine neuen Schulden gemacht. Durch unerwartete Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem
36 auf unter 18 Milliarden Euro leicht gesenkt und Rücklagen von über 1 Milliarde Euro aufgebaut werden.
37 Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden absehbar weiter
38 steigen. Während für 2017 noch 8,5 Mrd. EUR eingeplant wurden, wird dieser Betrag 2020 die 10
39 Mrd.-Grenze übersteigen.

40 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
41 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
42 hat. Zugleich wurde durch jahrelangen massiven Personalabbau in Verwaltung, Polizei und Justiz des
43 Landes deren Funktionen gefährdet. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende
44 Kreditzinsen oder die rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte. Immer noch steht jede
45 fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, d.h. deren Einnahmen decken die Ausgaben auch bei
46 sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne Finanzhilfen des Landes
47 und einer Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs kommen sie nie auf einen grünen Zweig. Die
48 Sicherstellung der hohen Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche
49 Folgekosten für den künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

50 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen, die
51 Investitionsquote dagegen seit Jahren sinkt. Öffentliche Investitionen, ein guter Zustand der Verkehrswege,
52 der Grad der Digitalisierung und eine hohe Qualität der Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich um
53 die finanziellen Möglichkeiten des Landes auch morgen sicherzustellen oder auszuweiten. Zugleich steigen
54 die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen. Unser
55 Vorschlag die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur Pensionsvorsorge in
56 die Schuldentilgung zu stecken wurde von rot-rot abgelehnt.

57 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und eines dauerhaft höheren
58 Haushaltsrahmens können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich abzeichnenden
59 Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu
60 gefährden. Wir wollen mehr Mittel für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei
61 der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz zur Verfügung stellen. Zugleich benötigen wir deutlich
62 mehr Investitionen in den ÖPNV und den Breitbandausbau. Die Kommunen in Brandenburg müssen ihre
63 volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum meistern können. Wir
64 wollen den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent machen und dafür das Landesvermögen
65 inventarisieren. Dadurch wird für später auch eine Umstellung der Buchführung auf ein Verfahren möglich,
66 das die Entwicklung des öffentlichen Vermögens deutlicher darstellt (Ablösung der Kameralistik durch
67 Doppik). Die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung unterstützen wir, uns ist es aber auch
68 wichtig die Tilgung der Altschulden nach klaren Regeln voranzutreiben. Die Gelder im Pensionsfonds des
69 Landes wollen wir nachhaltig anlegen. Um transparent zu machen wie die Geschlechter von den Ausgaben
70 des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin die Auswirkungen der Mittelverwendung auf diese
71 erkennbar machen (Genderbudgeting).

72 **Brandenburgs Kommunen auskömmlich finanzieren**

73 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
74 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
75 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
76 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
77 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
78 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56% der West-Kommunen.
79 Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb Brandenburgs, auf die die
80 Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 % der brandenburgischen Kommunen
81 in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch bei sparsamster
82 Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen kommunale
83 Kassenkredite von knapp 750 Mio. €. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren
84 Verbundquote (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes) lindern und hat angekündigt
85 den Soziallastenausgleich von 20 auf 60 Mio € zu erhöhen. Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von 2
86 Mrd. € aber viel zu wenig; der Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kann mit beiden
87 Maßnahmen alleine nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte Teilentschuldung der Kommunen mit
88 besonders hohen Kassenkrediten, die wir für unzureichend halten. Wir wollen die kommunale Ebene
89 dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild Thüringens den Anteil der Kommunen an den

⁹⁰ Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die Ausgleichsmechanismen zwischen armen und
⁹¹ reichen Kommunen stärken und an Stelle der sogenannten Einwohnerveredelung den Fokus auf die
⁹² Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland setzen wollen. Mit einer solchen nachhaltigen
⁹³ Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die kommunale Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen,
⁹⁴ die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen sicher stellen und damit die Kommunen als Basis
⁹⁵ unseres föderalen Staates stärken.